Emissionshandel

Nur geringer Rückgang der Emissionen

[13.04.2017] Während die deutsche Energiewirtschaft ihre Emissionen im Jahr 2016 um 0,9 Prozent verringern konnte, blieben die Industrieemissionen nahezu unverändert.

Die rund 1.900 stationären Anlagen im Emissionshandel emittierten im Jahr 2016 453 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente und damit 0,6 Prozent weniger als 2015. Damit fiel der Emissionsrückgang deutscher Anlagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer aus als im EU-weiten Durchschnitt, den Marktanalysten auf 2,4 bis 2,8 Prozent schätzen. Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamts (UBA) sagt: „Deutschland liegt damit auch bezogen auf die relative Minderung gegenüber dem Jahr 2005 im zehnten Jahr in Folge deutlich unter dem EU-Durchschnitt."

Während die Emissionen von deutschen Energieanlagen immerhin um 0,9 Prozent reduziert werden konnten, blieben vor allem die Industrieemissionen unverändert. Dabei haben die Emissionen der Industrie einen Anteil von 27 Prozent an den deutschen Emissionen im Emissionshandel, die der Energieversorgung von 73 Prozent. Als Grund für den vergleichsweise geringen Rückgang der Emissionen in Deutschland nennt das UBA die gute wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land sowie starke Emissionsminderungen in anderen Ländern wie etwa in Spanien aufgrund eines erhöhten Anteils von Wasserkraft oder in Großbritannien wegen eines verstärkten Wechsels von Kohle zu Gas.

Wie das UBA meldet, vergrößert der starke EU-weite Emissionsrückgang auch weiterhin den strukturellen Überschuss an Emissionshandelsberechtigungen im Europäischen Emissionshandel; seit dem Jahr 2013 sei das jährliche Budget größer als die Emissionen gewesen. Krautzberger: „Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer ambitionierten Reform des EU-ETS. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Stärkung der Marktstabilitätsreserve zu. Dazu haben der Rat und das Europäische Parlament bereits Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung gehen." In den kommenden Monaten wird die Emissionshandelsrichtlinie für die im Jahr 2021 beginnende vierte Handelsperiode zwischen Kommission, Rat und Europäischem Parlament verhandelt.

(me)

Stichwörter: Klimaschutz, Politik, UBA